



numéro 71, décembre 2025
paraît 6 fois par an
14^{ème} année

fonction publique

compact

CGFP



59. VORSTÄNDEKONFERENZ

SOZIALDIALOG STATT STILLSTAND – DIE CGFP MACHT ERNST

Auch in diesem Jahr zeigte die Vorständekonferenz der CGFP eindrücklich, vor welchen Herausforderungen der öffentliche Dienst und die Gesellschaft insgesamt stehen. CGFP-Präsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger machten dabei klar: Die CGFP wird Privatisierungsversuche staatlicher Dienstleistungen nicht hinnehmen und das öffentliche Statut notfalls mit allen Mitteln verteidigen.

Besondere Aufmerksamkeit galt der Situation im Gesundheitswesen, wo der Sozialdialog ins Stocken geraten sei. Die CGFP habe deshalb keine andere Wahl gehabt, als ein Schlichtungsverfahren gegen die geplante Schaffung zweier

öffentlicher Einrichtungen nach privatrechtlichen Kriterien einzuleiten, hieß es. In den Erläuterungen zu den Artikeln eines der Gesetzentwürfe werde indirekt darauf hingewiesen, dass die Vergütung im Staatsdienst nicht ausreiche und privatechtliche Strukturen geschaffen werden sollten, um qualifiziertes Fachpersonal zu gewinnen – eine Vorgehensweise, die die CGFP als inakzeptabel einstufte.

Gerade in sensiblen Bereichen wie der Gesundheit und der Medikamentenversorgung müsse die staatliche Verantwortung gewahrt bleiben, lautete die Schlüsselbotschaft. Die CGFP setze sich dafür ein, dass alle Bürger unabhängig vom

Einkommen oder sozialem Hintergrund gleichberechtigten Zugang zu hochwertigen Gesundheitsleistungen haben. An die zuständige Ministerin ging der eindringliche Appell, den stark umstrittenen Gesetzesentwurf der ALMPS („Agence luxembourgeoise des médicaments et produits de santé“) umgehend zurückzuziehen und zu überarbeiten.

Auch die geplante umfassende Steuerreform war ein zentrales Thema. Die CGFP-Exekutive machte deutlich, dass bei der Einführung der Individualbesteuerung die Privathaushalte nicht benach-

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE

Post
LUXEMBOURG

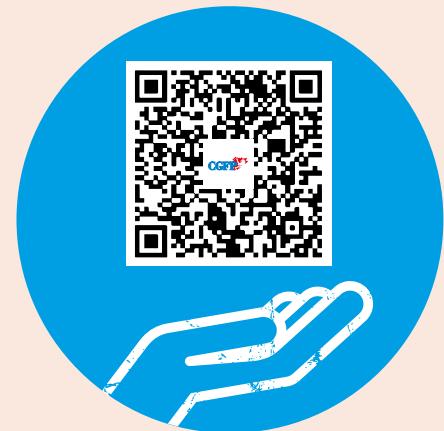
Envos non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.



Fondation CGFP de Secours

(agrée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLULL: LU46 1111 0733 4614 0000

(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)

VOYAGEZ L'ESPRIT LÉGER

Confiez vos déplacements,
séjours et vacances à l'étranger
au personnel expérimenté,
serviable et compétent de



LUX VOYAGES CGFP

25A, boulevard Royal (Forum Royal)
L-2449 Luxembourg • Tél. 47 00 47 - 1
e-mail: info@luxvoyages.lu

OUVERT LE SAMEDI MATIN

teiligt werden dürfen – insbesondere Familien, bei denen nur ein Elternteil ein Einkommen erzielt oder mehr als 75 % des Gesamteinkommens verdient. Die von der Regierung geplante Übergangsfrist für die derzeitigen Steuerpflichtigen der Klasse 2 sei nicht hinnehmbar; die betroffenen Haushalte müssten dauerhaft in dieser Steuerklasse verbleiben können.

Zu den langjährigen Kernforderungen der CGFP gehören zudem eine langfristige Sicherung der Kaufkraft durch eine vollständige und automatische Anpassung der Steuertabelle an die Inflation sowie die Überarbeitung veralteter Steuerabzüge. Die CGFP kündigte an, all diese Anliegen weiterhin konsequent in Gesprächen mit den politischen Verantwortlichen zu vertreten.

Sicherheit hat ihren Preis

Der Angriff Russlands auf die Ukraine habe deutlich gezeigt, dass Frieden und Demokratie keine Selbstverständlichkeit seien, unterstrichen die Vertreter der CGFP. Angesichts der wachsenden geopolitischen Spannungen seien die steigenden Militärausgaben Luxemburgs zur Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen nachvollziehbar – die notwendigen Investitionen dürften jedoch nicht auf Kosten sozialer Leistungen gehen.

Nach Ansicht der CGFP reiche es nicht aus, nur in Material, Logistik und militärische Strategien zu investieren; entscheidend sei es auch, den Soldatinnen und Soldaten echte Perspektiven zu bieten, hieß es weiter. Dass die Freiwilligen der Armee bisher nicht einmal den qualifizierten Mindestlohn erhielten, bezeichnete die CGFP als untragbar. Diese müssten zudem das öffentlich-rechtliche Statut erhalten – mit allen Rechten und Pflichten wie im übrigen öffentlichen Dienst.

Ein leistungsstarker öffentlicher Dienst sei der Garant dafür, dass der Staat auch in Krisensituationen handlungsfähig bleibe. Damit dies möglich sei, müssten die öffentlichen Dienste kontinuierlich gestärkt und das Personal entsprechend unterstützt werden.

Ein weiteres drängendes Thema war die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt. Fakt sei, dass die Haushalte durch die hohen Immobilienpreise und die langen Rückzahlungsfristen zunehmend unter Druck geraten würden. Die Verantwortung liege dabei nicht nur beim Staat: Auch die Banken müssten bei der Kreditvergabe mehr Flexibilität zeigen, um private Haushalte nicht zusätzlich finanziell zu überlasten.

Des Weiteren setzten sich die Redner kritisch mit der Renten- und Pensionsreform auseinander. Sie bedauerten den von der Regierung einseitig beschlossenen Abbruch der Verhandlungen und warnten zugleich vor weiteren schrittweisen Verschlechterungen für die Versicherten. Eine solche „Salami-Taktik“ lehne der Dachverband der Staatsbediensteten strikt ab.

Es sei außerdem zu prüfen, ob nicht auch im Privatsektor – in Anlehnung an den öffentlichen Dienst – die Beitragsobergrenzen abgeschafft werden sollten und ob das Großkapital mehr Verantwortung übernehmen müsse. Politischer



Mut sei erforderlich, um die langfristige Nachhaltigkeit des Pensionssystems sicherzustellen. Angesichts steigender Altersarmut spreche sich die CGFP dagegen aus, dass Ruheständler in die Rentenkasse einzahlen sollten. Ebenso kritisch wurde die zunehmende Attraktivität privater Zusatzpensionen (2. und 3. Säule) bewertet. Die CGFP begrüßte ihr entschiedenes Eintreten für die Stärkung der ersten Säule.

CGFP-Verhandlungserfolge

In den Reden wurde darauf hingewiesen, dass die CGFP in den jüngsten Sozialrunden einige Verhandlungserfolge erzielt habe: Die Rentenveränderung („ajustement“) bleibe bestehen, zumindest solange die Einnahmen die Ausgaben übersteigen. Vor 1999 eingestellte Staatsbedienstete müssten nicht länger arbeiten, und diejenigen, die nach 1999 beim Staat begonnen hätten, würden ihre Jahresendzulage („allocation de fin d'année“) behalten.

Bei der „Conférence des Comités“ wurde deutlich: Auch in Zeiten globaler Unsicherheit und nationaler Herausforderungen bleibt die CGFP eine verlässliche Vertretung für die öffentlich Bedienten. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen sei ein ausgewogenes Gehälterabkommen für den Staatsdienst ausgehandelt worden. Die Vereinbarung sieht zwei Punktwerterhöhungen für 2025 und 2026 vor, eine stärkere Anerkennung verantwortungsvoller Posten, eine einheitliche Vergütung von Überstunden in allen Sektoren – und die Anwendung des Disziplinarrechts der Beamten auf die Angestellten im Staatsdienst direkt nach Beendigung ihres Praktikums.

Stichwort Bildung: Die Einführung der flächendeckenden Alphabetisierung auf Französisch in der Grundschule werfe nach wie vor viele Fragen auf, betonten die Redner. Es sei unerklärliech, warum vor der Umsetzung tiefgreifender Reformen die Ergebnisse der Pilotprojekte zum Ende des Zyklus 4.2 nicht abgewartet worden seien. Unklar sei zudem, woher plötzlich die zusätzlichen Klassensäle und Lehrkräfte stammen sollen. Die Kinder dürften nicht als „Versuchskaninchen“ missbraucht werden – zumal der Mangel an Lehrkräften bereits heute spürbar sei. Minister Meisch

wäre gut beraten, die Stimmen der Lehrer*innen vor Ort ernst zu nehmen.

Wir leben in einer Zeit, in der die Digitalisierung die Arbeitswelt mit enormer Geschwindigkeit verändert, so eine weitere Botschaft. Die CGFP sei der künstlichen Intelligenz nicht abgeneigt, sondern erkenne ihre vielen Vorteile. Gleichzeitig müssten jedoch die mit KI einhergehenden Risiken ernst genommen werden. Technologischer Fortschritt müsse dem Menschen dienen und Arbeitsprozesse erleichtern, ohne dass dabei Arbeitsplätze verloren gingen oder die Beschäftigten benachteiligt würden. In den öffentlichen Verwaltungen könne KI helfen, die Effizienz zu steigern und die Servicequalität zu erhöhen. KI sei jedoch keine „Magie“: Sie basiere auf Daten und müsse verantwortungsvoll eingesetzt und überwacht werden.

Klares Bekenntnis

Zum Abschluss der Konferenz wurde auch auf die feierliche Abdankung von Großherzog Henri und die anschließende Thronbesteigung von Großherzog Guillaume zurückgeblickt. Die CGFP wünschte dem neuen Staatsoberhaupt alles Gute und betonte ihr Vertrauen in seine Fähigkeit, das Land und seine Bürger verantwortungsvoll zu führen.

Die Vorstandekonferenz endete mit einem klaren Bekenntnis: Die CGFP werde sich nicht auf ihren bisherigen Erfolgen ausruhen, sondern weiterhin entschlossen die Interessen der Staatsbediensteten vertreten, einen echten Sozialdialog einfordern und dafür sorgen, dass die Verwaltungen auch personell so aufgestellt sind, dass sie ihre Aufgaben als moderne Dienstleister weiterhin zuverlässig erfüllen können.

Abschließend wünschte die CGFP-Exekutive den Delegierten sowie deren Familienangehörigen frohe Weihnachten und ein erfolgreiches, glückliches neues Jahr, sowohl im privaten als auch im beruflichen Bereich.

Wir werden in der Januar-Ausgabe von „fonction publique“ ausführlicher über die jüngste „Conférence des Comités“ der CGFP berichten.

Max Lemmer



Organe de la Confédération Générale
de la Fonction Publique CGFP

Éditeur: CGFP
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1
Impression: SNE-Editions S.à r.l.

La reproduction d'articles,
même par extraits, n'est autorisée
qu'en cas d'indication de la source.
Les articles signés ne reflètent pas
nécessairement l'avis de la CGFP.



Avantagéis Konditioune fir Är Versécherung

CGFP-Memberen an hir Famill profitéieren bei CGFP Assurances vun innovativen Versécherungsléisungen déi lech am Privatliewen an am Beruff beschtméiglech ofsécheren, **an dëst zu avantageise Konditiounen.**

-  **Versécherung fir Autoen a Motorrieder**
-  **Versécherung fir Äert Haus an Appartement**
-  **Haftflichtversécherung**
 - Beruff a Privatliewen
-  **Liewensversécherung**
 - Pension Plan: Zousazpensioun
 - Kid's Plan: Fir d'Zukunft vun Äre Kanner
 - Life Plan: kombinéiert Spueren a Virsuerg
 - Solde restant dû: Ofsécherung vun Ärem Prêt

Kontaktéiert eis fir eng perséinlech Berodung.

CGFP Assurances S.A.
18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg
Tél. 27 04 28 01, info@cgfp-assurances.lu

cgfp-assurances.lu

Privathaushalte dürfen nicht zusätzlich belastet werden

Bei einem Treffen mit dem Finanzminister Mitte November stellte die CGFP ihre Analyse zur geplanten umfassenden Steuerreform vor und würdigte ausdrücklich die konstruktive Dialogbereitschaft der Politik. Trotz der grundsätzlich positiven Resonanz pochte die CGFP jedoch auf klare Antworten zu zentralen, noch ungeklärten Fragen.

Die Diskussion über eine umfassende Steuerreform in Luxemburg ist alles andere als neu. Bereits unter der vorherigen Regierung stand das Thema weit oben auf der politischen Agenda. Der damalige Finanzminister Pierre Gramegna hatte eine Reform angekündigt, die das Steuersystem transparenter, moderner und gerechter machen sollte. Geplant waren unter anderem die flächendeckende Einführung der Individualbesteuerung, der Abbau bürokratischer Hürden für Privathaushalte sowie eine konsequente Gleichbehandlung aller Steuerzahler – unabhängig von ihrer Lebenssituation.

Doch die Umsetzung dieses ambitionierten Projekts kam nie über die Planungsphase hinaus. Die Corona-Pandemie traf Luxemburg unvorbereitet und verschob die politischen Prioritäten schlagartig. Staatliche Soforthilfen für die Unternehmen und finanzielle Unterstützung für die Bevölkerung hatten Vorrang, während die groß angelegte Steuerreform auf Eis gelegt wurde. Letztlich wurde nur ein abgespecktes Vorhaben umgesetzt, das eine Individualbesteuerung lediglich als Option vorsah.

Steuerreform „reloaded“

Mit dem Abklingen der Pandemie rückte die ursprünglich vorgesehene Steuerreform erneut auf die politische Agenda. Die CSV-DP-Koalition hat sich zum Ziel gesetzt, das aktuelle System zu vereinfachen und die allgemeine Individualbesteuerung einzuführen. Im Frühling dieses Jahres skizzierte der Finanzminister die Eckpunkte der Reform: Die Steuerklassen 1, 1A und 2 sollen in der einheitlichen Steuerklasse R zusammengelegt werden, die der bisherigen 1A am nächsten kommt. Damit soll stärker auf die Vielfalt der heutigen Lebenssituationen Rücksicht genommen werden.

Beim jüngsten Austausch mit Finanzminister Gilles Roth am 14. November betonte die CGFP, dass die grundsätzliche Ausrichtung der Reform positive Ansätze erkennen lässt. Besonders begrüßt wird, dass die Berechnung der Lohn- und Rentensteuer künftig von Anfang an der tatsächlich geschuldeten Steuer entsprechen soll. Dadurch sollen unangenehme Voraus- und Nachzahlungen vermieden werden, die in der Vergangenheit immer wieder für unerfreuliche Überraschungen gesorgt hatten.

Ein weiterer Vorteil: Mit der Umstellung auf die allgemeine individuelle Besteuerung werden gemeinsame Steuererklärungen für Ehepartner überflüssig. Bürokratische Hürden – etwa im Falle einer Scheidung oder eines Todesfalls – werden damit deutlich reduziert. Außerdem wird der bisher ausschließlich verheirateten oder eingetragenen Doppelverdiennern vorbehaltene Steuerfreibetrag in die neue einheitliche Steuerklasse R übernommen. Erstmals können somit auch Rentner, Alleinstehende und Geschiedene davon profitieren.

Die potenziellen Verlierer

Trotz dieser Fortschritte sieht die CGFP weiterhin viele offene Fragen. Bei ihrem Treffen mit dem Finanzminister machte sie deutlich, dass die Reform keinesfalls zu einer finanziellen Mehrbelastung für die Privathaushalte führen dürfe. „Angesichts der geschätzten Kosten der Steuerreform von rund 800 bis 900 Millionen Euro pro Jahr bleibt zu erwarten, dass alle Steuerzahler von diesem ehrgeizigen Vorhaben profitieren werden – sei es durch spürbare Entlastungen oder zumindest durch ein Verhindern finanzieller Einbußen im Vergleich zur bisherigen Situation“, erklärte die CGFP in einer Mitte November veröffentlichten Pressemitteilung.

Besonders im Blickpunkt stehen Haushalte, in denen nur ein Partner ein Einkommen erzielt oder ein Partner mehr als drei Viertel des Gesamteinkommens beisteuert. Nach aktueller Analyse könnten solche Familien mittel- bis langfristig zu den potenziellen Verlierern der Reform zählen.

Kritik gibt es an der geplanten Übergangsregelung für die heutigen Steuerpflichtigen der Klasse 2. Die CGFP hält diese für unzureichend und fordert eine dauerhafte Fortsetzung der bisherigen Bedingungen für alle betroffenen Haushalte.

In Bezug auf die Berücksichtigung von Kindern und Unterhaltskosten, vor allem in Patchwork-Familien sieht die CGFP erheblichen Klärungsbedarf. Sie plädiert für neue moderne Lösungen, um Nachteile für Familien mit Nachwuchs zu verhindern. Mit Genugtuung nimmt die CGFP zur Kenntnis, dass die Regierung einen „Abattement petite enfance“ für Personen mit Kleinkindern in Erwägung zieht.

Die CGFP verlangt auch eine Klarstellung, wie die Regierung künftig mit Witwen, Witwern und Geschiedenen verfahren will. Bislang konnten diese bis zu drei Jahre nach der Scheidung oder dem Tod des Partners in der Steuerklasse 2 verbleiben – eine Regelung, die im Zuge der Individualbesteuerung wegfallen wird. Unklar ist, ob Ersatzmaßnahmen wie Einkommensfreibeträge oder Steuergutschriften vorgesehen sind oder nicht, mahnt die CGFP (Stand bei Redaktionsschluss).

Darüber hinaus bemängelt die CGFP, dass Alleinerziehende trotz ihrer oftmals angespannten finanziellen Lage nur in geringem Umfang entlastet werden. Sie hält die Beibehaltung der geltenden Steuergutschrift („crédit d'impôt monoparental“) oder gleichwertige Maßnahmen für unverzichtbar.

Besonders deutlich wird die CGFP, wenn es um die vollständige inflationsbedingte Anpassung der Steuertabelle geht. Die bisherigen Korrekturen von 6,5 Indextranchen reichen nicht aus. Alle bis zur Reform ausstehenden Indextranchen müssen berücksichtigt werden. Anschließend muss – zur Absicherung der Kaufkraft – der „Barème“ aufgrund eines Mechanismus mit sofortiger Wirkung angeglichen werden, sobald eine Indextranche eintritt.

Die CGFP warnt zudem vor dem steigenden bürokratischen Aufwand. Die Individualbesteuerung erfordert detaillierte Angaben zu sämtlichen Vermögens- und Eigentumsverhältnissen, Kreditverträgen, Versicherungen und Mitgliedschaften in Sterbekassen oder Zusatzkrankenkasen. Dieser Mehraufwand, der nicht nur die Bürger*innen, sondern auch die Steuerverwaltung belasten wird, könnte das erklärte Regierungsziel der administrativen Vereinfachung unterlaufen.

Bessere Aufteilung der Steuerlast

Des Weiteren hält die CGFP die längst überfällige Anpassung zahlreicher abzugsfähiger Beträge für notwendig, die seit Jahrzehnten unverändert geblieben sind und nicht mehr den heutigen Lebensrealitäten entsprechen. So liegt z.B. die Obergrenze für den Abzug von Schuldzinsen bei 672 Euro nur geringfügig über dem Pauschalminimum von 480 Euro, das nicht einmal die Kosten für die günstigere Zusatzkrankenversicherung deckt. Hier muss dringend nachgebessert werden.

Insgesamt fordert die CGFP eine gerechtere Aufteilung der Steuerlast: Die Unternehmen wurden in den vergangenen Jahren spürbar entlastet – die von der Regierung angekündigten steuerlichen Entlastungen für die Betriebe dürfen keineswegs zulasten der Bürger*innen gehen.

Max Lemmer





CGFP warnt Premier- und Beamtenminister vor ausufernden Privatisierungstendenzen

Luxemburg steht vor zahlreichen Herausforderungen – und die CGFP ist mitten im Geschehen. Bei einem ausführlichen Meinungsaustausch mit Premierminister Luc Frieden und dem Minister des öffentlichen Dienstes, Serge Wilmes, am vergangenen 1. Dezember, machte der Dachverband der Staatsbediensteten deutlich: Die jüngsten Fehlentwicklungen im öffentlichen Dienst werden nicht hingenommen. Die Botschaft war klar: Der Staatsdienst darf kein Experimentierfeld für unüberlegte politische Schnellschüsse sein. Ein moderner, leistungsstarker öffentlicher Dienst bleibt für die CGFP unverhandelbar.

Keine Kernaufgaben auslagern

In diesem Zusammenhang wies die CGFP auf die zunehmenden Privatisierungstendenzen hin, insbesondere im Gesundheitswesen. Staatliche Kernaufgaben wie die medizinische Versorgung dürfen nicht nach privatrechtlichen Kriterien in öffentliche Einrichtungen ausgelagert werden. Schlechte, nicht nachahmenswerte Beispiele hierfür sind die nationale Einkaufs- und Logistikzentrale oder die geplante „Agence luxembour-

geoise des médicaments et produits de santé“ (ALMPS).

„Staatliche Schlüsselkompetenzen dürfen nicht aufgeweicht werden – und die CGFP wird in dieser Angelegenheit bis aufs Äußerste gehen“, stellte Präsident Romain Wolff klar. Bei der Gründung der „Centrale nationale d'achat et de la logistique“ hält die CGFP an dem von ihr eingeleiteten Schlichtungsverfahren fest und betonte: „Wir würden es keinesfalls billigen, wenn das Projekt einfach in seiner aktuellen Form fortgeführt würde.“

Ein zentrales Thema der aktuellen politischen Agenda bleibt die geplante Steuerreform. Dem Vernehmen nach soll der entsprechende Gesetzentwurf Anfang Januar der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Nach den anschließenden parlamentarischen Debatten ist vorgesehen, dass das ehrgeizige Reformpaket Ende 2026 verabschiedet und im Wahljahr 2028 in Kraft treten soll.

Für erheblichen Unmut sorgt derzeit jedoch die von der Regierung in Aussicht gestellte Übergangsregelung für die Steuerpflichtigen der Klasse 2. Bei ihrem jüngsten Treffen im Staats-

ministerium unterstrich die CGFP, dass die betroffenen Privathaushalte Gefahr laufen, nach Ablauf dieser Frist benachteiligt zu werden. Die CGFP fordert daher eine dauerhafte, faire Lösung für die Betroffenen.

Zudem betonte die CGFP, dass die Steuertabelle bei jeder neuen Indextranche unverzüglich an die Inflation angepasst werden muss. Ein weiterer Schwerpunkt der Gespräche war die steuerliche Berücksichtigung von Kindern. Die CSV/DP-Koalition scheint dieser Forderung nun teilweise nachzukommen. Nach dem Treffen mit der CGFP kündigte die Regierung an, einen sogenannten „Abattement petite enfance“ für Personen mit Kindern unter drei Jahren in Betracht zu ziehen.

Bei ihrer Unterredung im Staatsministerium beschwerte sich die CGFP über den mangelnden Sozialdialog. Auch wenn dieser in einzelnen Bereichen funktioniere – etwa beim Aushandeln des letzten Gehälterabkommens oder bei der Steuerreform, zeige die Praxis: In vielen wichtigen Themenbereichen hapert es weiterhin erheblich. Ein deutliches Beispiel sei die Rentenreform, die über die Köpfe der Sozialpartner beschlossen worden sei. Sozialer Frieden gelinge nur, wenn die einzelnen Akteure von Beginn an beteiligt seien, lautete eine weitere Kernbotschaft der CGFP.

Mehr Respekt für jene, die uns schützen

Für weiteren Gesprächsbedarf sorgen die großen Summen, die in die Verteidigung fließen – auch in Luxemburg. Investitionen in Technik und Ausrüstung allein reichen nicht aus. Es geht darum, die Menschen zu motivieren, die Luxemburg verteidigen sollen. Ein Land, das Milliarden in Drohnen oder Satelliten steckt, darf seine Soldatinnen und Soldaten nicht im Stich lassen! Ihre Leistung sollte wertgeschätzt werden: Sie müssen daher das öffentlich-rechtliche Statut und den qualifizierten Mindestlohn erhalten. Die CGFP sieht einen schnellen Handlungsbedarf als unabdingbar an. Denn Respekt vor dem Staat bedeutet auch Respekt vor denen, die ihn schützen. **ml**

Sozialdialog darf nicht länger nur ein Lippenbekenntnis sein



Die jüngsten Entwicklungen im Gesundheitswesen sind einmal mehr ein deutliches Beispiel dafür, dass der Sozialdialog in Luxemburg in vielen Bereichen zum Erliegen gekommen ist. Mit der Schaffung der nationalen Einkaufs- und Logistikzentrale, die in eine öffentliche Einrichtung mit privatrechtlichen Kriterien eingegliedert worden ist, wurde zum wiederholten Mal eine rote Linie überschritten. Der fehlende Sozialdialog hat weitreichende Konsequenzen.

Seit Monaten fährt die Regierung einen offenen Konfrontationskurs. Zunächst sorgten die Diskussionen über Kollektivverträge, Sonntagsarbeit

und verlängerte Öffnungszeiten im Handel für Unmut im Privatsektor. Kaum war der erste Proteststurm abgeflaut, zündete Premierminister Luc Frieden die nächste Lunte: Noch bevor die eigentlichen Konsultationen zur Renten- und Pensionsproblematik begonnen hatten, verkündete der Regierungschef im Parlament aus heiterem Himmel, dass Arbeitnehmer*innen im Zuge der besagten Reform bis zu fünf Jahre länger arbeiten sollen.

Den vorläufigen Tiefpunkt markiert nun die schlechende Aushöhlung des öffentlichen Gesundheitssystems. Schritt für Schritt wird ein Pfeiler des Sozialstaats untergraben – leise, aber gezielt. Dieser Kurs ist kein Versehen, sondern eine klare politische Absicht.

In Luxemburg wiederholt sich seit Jahren immer wieder die gleiche ernüchternde Realität: Entscheidungen von großer Tragweite für die Bürger*innen werden getroffen, ohne dass die Gewerkschaften oder die betroffenen Mitarbeiter in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Die jüngsten Entwicklungen im Bereich der öffentlichen Gesundheit sind lediglich die Spitze des Eisbergs. Am vergangenen 30. Oktober haben die Abgeordneten den äußerst umstrittenen

Gesetzentwurf 8399 zur Schaffung einer nationalen Einkaufs- und Logistikzentrale verabschiedet.

Für die CGFP ist es schlicht inakzeptabel, dass Kernaufgaben wie die medizinische Versorgungssicherheit in privatrechtliche Strukturen ausgelagert werden. Die politisch Verantwortlichen missbrauchen immer häufiger die Gründung öffentlicher Einrichtungen als bequemes Instrument, um die Regeln des Staatsdienstes zu untergraben, stellte die CGFP in einer Pressemitteilung zwei Tage vor dem Votum im Parlament klar. „Dies ist eine gefährliche Entwicklung, die das Vertrauen in staatliches Handeln untergräbt“, hieß es weiter.

Das öffentliche Gesundheitssystem in Luxemburg basiert auf Solidarität und zeichnet sich durch seine universelle Zugänglichkeit aus. Es hat zum Ziel, allen Einwohner*innen – unabhängig von deren finanzieller Lage oder sozialer Herkunft – eine bestmögliche medizinische Versorgung zu ermöglichen.

Nun droht jedoch eine gefährliche Entwicklung: Immer mehr zentrale Elemente sollen aus dem System herausgelöst und in privatrechtliche Strukturen überführt werden. Diese riskante Entwicklung bedroht das Prinzip der sozialen

Gerechtigkeit. Es ist daher dringend notwendig, gegen diesen Trend entschieden vorzugehen, sonst steuert die Gesellschaft unweigerlich auf eine Zwei-Klassen-Medizin zu.

Nur einen Tag nachdem das Gesetz zur Einrichtung der nationalen Einkaufs- und Logistikzentrale im Parlament durchgewunken worden war, wandte sich Gesundheitsministerin Martine Deprez an die CGFP-Spitze. In einem Schreiben bot sie ein Treffen zu diesem Thema für den 13. November an. Ihr Angebot kam jedoch zu einem Zeitpunkt, an dem die Entscheidung längst gefallen war und das Kind im Brunnen lag. Ein nachträgliches Treffen wirkt hier wie ein symbolisches Feigenblatt: Dialog auf dem Papier, während die Fakten bereits geschaffen sind.

Die CGFP zeigte sich tief erstaunt über diese ver-spätete Antwort, die erst rund sechs Monate (!) nach dem CGFP-Gesprächsantrag eintraf. Da von Mitte Mai bis November keinerlei ministerielle Rückmeldung erfolgt war, blieb der CGFP keine andere Wahl, als das Schlichtungsverfahren einzuleiten – um endlich eine faire und gerechte Einigung zu erzielen, wie es in dem Brief an die Ministerin deutlich gemacht wurde.

Schlichtung als Rettungsanker

Angesichts der eingeleiteten Maßnahmen erklärte sich die CGFP fest entschlossen, den vorliegenden Streitfall vor der Schlichtungskommission zu klären. Da sich das Vorhaben der Regierung bereits in einer fortgeschrittenen Phase befindet, ist dieses Gremium die geeignete Instanz, um eine tragfähige Lösung in dieser An-gelegenheit zu erreichen. Gleichzeitig forderte der Dachverband der öffentlich Bediensteten die umgehende Rücknahme des Gesetzentwurfs zur Gründung der „Agence luxembourgeoise des médicaments et produits de santé“ (ALMPS).

Die Reaktion der Gesundheitsministerin ließ nicht lange auf sich warten. Sie bedauerte zunächst, dass das Schreiben der CGFP vom 15. Mai nicht schneller beantwortet worden sei und unterstrich, dass dies keinesfalls ein Zeichen mangelnder Wertschätzung sei – weder gegenüber dem konstruktiven Sozialdialog mit der Gewerkschaft noch gegenüber deren geäußerten Anliegen. Zugleich nahm sie die Befassung der Schlichtungskommission durch die CGFP zur Kenntnis und machte deutlich, dass alle wesentlichen Diskussionen im Rahmen dieser Schlichtung stattfinden sollten.

Ob Ministerin Deprez den Anstand haben wird, selbst an den Schlichtungsgesprächen teilzu-nehmen, bleibt abzuwarten. Andere Minister zeigten in vergleichbaren Situationen durch ihre Anwesenheit bei solchen Gesprächen vorbildliches Verantwortungsbewusstsein – eine Haltung, die man sich hier ebenfalls wünschen würde.

Die aktuellen Privatisierungsbestrebungen im Gesundheitswesen sind leider kein Einzelfall. Ende 2020 sorgten zwei Gesetzentwürfe im Bildungsbereich für Kritik bei der CGFP und den zuständigen CGFP-Fachverbänden. Damals wie heute wurde vor einer „schleichenden Privatisierung“ bestimmter Aufgaben gewarnt und die Rücknahme der Gesetzesprojekte gefordert.

Nach dem öffentlichen Protest hatte Minister Claude Meisch eine Delegation der CGFP emp-fangen. Am 2. Februar 2021 unterzeichneten die CGFP und das Bildungsministerium ein Ab-kommen: Der Gesetzentwurf 7662, der Direktionsstellen in vier spezialisierten Lyzeen auch für Kandidaten aus dem Privatsektor zugänglich machen sollte, wurde zurückgezogen.

Gleichzeitig wurde damals vereinbart, den Gesetzentwurf 7658 zur Neuorganisation des

„Service de coordination de la recherche et de l'innovation pédagogiques et technologiques“ (SCRIPT), des „Institut de formation de l'Éducation nationale“ (IFEN) und des „Centre de Gestion Informatique de l'Education“ (CGIE) zu überarbeiten. Einigkeit herrschte darüber, dass die Aufgaben dieser Einrichtungen weiterhin fest im öffentlichen Auftrag verankert bleiben müs-sen.

Schwindendes politisches Vertrauen

Zwei Beispiele für einen gut funktionierenden Sozialdialog sind die Aushandlung des jüngsten Gehälterabkommens für den öffentlichen Dienst und die groß angelegte Steuerreform. Finanz-minister Gilles Roth legt großen Wert darauf, die Sozialpartner bei der Steuerreform frühzeitig einzubinden. Im Rahmen eines konstruktiven Mei-nungsaustausches mit der CGFP am 14. Novem-ber hörte er sich die Anliegen der Gewerkschaft zu diesem ehrgeizigen Vorhaben aufmerksam an. (siehe dazu auch Seite 5) Diese Vorgehensweise ist lobenswert und zeigt, dass ein kooperativer Dialog möglich ist.

In vielen anderen Bereichen ist der Sozialdialog leider weitgehend zum Erliegen gekommen. Ein Paradebeispiel dafür ist der einseitige Abbruch der Sozialrunden durch die CSV-DP-Koalition. Zwar gab die Regierung vor, den Akteuren zu-zuhören, doch am Ende wurden nur die Schritte umgesetzt, die von vornherein geplant waren.

Mit dieser Einschätzung steht die CGFP nicht allein da. In einer Demokratie hängt die Umsetzung notwendiger Reformen entscheidend von der Unterstützung und dem Verständnis der Bevölke- rung ab, betont die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ in ihrem Gutachten zum Staatsbudgetentwurf 2026. Genau daran aber sei die Regierung gescheitert, indem sie eine Renten-reform ohne Konsens zwischen den Sozialpartnern auf den Weg gebracht habe.

Seit längerem beobachtet die CHFEP, dass die politischen Entscheidungsträger die demokra-tischen Grundprinzipien, die Rechtsstaatlichkeit und den Sozialdialog zunehmend vernachläs-sigen, sei es in Diskussionen über geplante Re-formen oder bei der Verabschiedung zentraler Gesetzes-texte. Weiter heißt es, dass diese Ent-wicklung seit mehreren Jahren parteiübergreifend abzeichne. Sie spiegele sich in einem rück-läufigen Vertrauen vieler Bürger*innen in die politischen Institutionen wider.

Ein echter Sozialdialog erfordert die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen. Die Argumente der Ge-werkschaften und der betroffenen Beschäftig-ten, die mit ihrem Know-how wertvolle Impulse liefern können, dürfen nicht übergangen werden. Ohne eine echte Einbindung bleiben diese wichtigen Stimmen jedoch ungehört – mit der Folge, dass Reformen häufig ineffektiv und un-



nötig kostspielig ausfallen. Ein gut funktionieren-der Sozialdialog ist kein „Nice-to-have“, sondern ein unverzichtbares Instrument mit einer dreifachen Zielsetzung: Er ermöglicht es, innovative Vorschläge der Sozialpartner einzubringen, motivationsfördernde Arbeitsbedingungen zu schaffen und Konflikte zu verhindern. Auf diese Weise wird vermieden, dass Reformen durch Wi-derstand oder Proteste ins Stocken geraten.

Die CGFP fordert daher eine grundlegende Neu-ausrichtung. Der Sozialdialog darf nicht nur punk-tuell stattfinden, sondern er muss als kontinuierli-cher und verbindlicher Prozess gestaltet werden. Zudem braucht es verbindliche Mechanismen, die sicherstellen, dass der Sozialdialog bereits in der Planungsphase von Reformvorhaben greift. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, den Ge-werkschaften einen verlässlichen Zugang zu allen relevanten Informationen zu gewährleisten.

Ein unverzichtbares Steuerungsinstrument

Entscheidungen hinter verschlossenen Türen mögen kurzfristig effizient wirken – langfristig aber erzeugen sie Frust, Misstrauen und tiefe gesellschaftliche Risse. Nur wer auf einen echten partizipativen Austausch setzt, übernimmt Verantwortung gegenüber den Bürger*innen – und legt den Grundstein für eine nachhaltige und erfolgreiche Reformpolitik.

Wer glaubt, es genüge, Arbeitnehmervertretern ein Rederecht einzuräumen, verkennt die Realität. Die Gewerkschaften müssen als vollwertige Akteure in die Entscheidungen eingebunden werden – alles andere ist Symbolpolitik. Sozial-dialog darf kein bloßes Lippenbekenntnis sein. Er muss endlich wieder mit Leben gefüllt werden. Dies gelingt jedoch nur, wenn alle Beteiligten ihn ernst nehmen – und die Politik muss den Anfang machen.

Max Lemmer





Gutachten der Berufskammer der öffentlich Bediensteten

Luxemburgs Staatshaushaltsentwurf auf dem Prüfstand

„Matenee wuessen“ lautete das diesjährige Motto des Staatsbudgetentwurfs 2026. Mit Rekordinvestitionen will Luxemburg nicht nur in die Zukunft, sondern auch in den sozialen Zusammenhalt investieren. Die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (CHFEP) erkennt diesen politischen Willen zur Förderung von Vertrauen und Solidarität an, äußert jedoch gleichzeitig einige kritische Anmerkungen zum Budgetentwurf.

Die Berufskammer plädiert für eine Investitions- politik, die Land, Wirtschaft und Gesellschaft stärkt. Zugleich warnt sie davor, solche Investitionen dauerhaft ausschließlich über ein hohes öffentliches Defizit zu stemmen – ein riskanter Kurs, der langfristig vermieden werden sollte. Ausdrücklich begrüßt wird, dass das Wohlstand-BIP („PIBien-être“) erstmals in der Darstellung des Budgetentwurfs berücksichtigt wird.

Im kommenden Jahr plant Luxemburg Ausgaben für die Verteidigung in Höhe von rund 1,3 Milliarden Euro. Die CHFEP betont, dass diese Investitionen unerlässlich sind, damit Luxemburg seine internationalen Militärverpflichtungen erfüllen kann. Gleichzeitig wird auf die Dringlichkeit hingewiesen, die Diplomatie und die Konfliktprävention zu stärken, um dauerhaft Frieden und Menschenrechte zu sichern.

Ein Teil dieser Militärausgaben wird durch die Aufnahme einer öffentlichen Anleihe („Defence Bond“) gedeckt. Die Berufskammer der öffentlich Bediensteten spricht sich dafür aus, solche öffentlichen Anleihen verstärkt für Privatpersonen zugänglich zu machen. Derartige Finanzierungsinstrumente sollten regelmäßig angeboten und steuerlich attraktiv gestaltet werden, damit breite Bevölkerungsschichten an nationalen Investitionen teilhaben können, unabhängig von der Art der Ausgaben.

Die CHFEP unterstreicht zudem die Notwendigkeit, die Investitionen in die zivile Sicherheit deutlich auszubauen, insbesondere im Gesundheitswesen, ein Bereich, in dem Luxemburg nach wie vor stark auf seine Nachbarländer angewiesen ist. Vor diesem Hintergrund begrüßt sie die von der Regierung geplante Einführung einer nationalen Resilienzstrategie.

Nachhaltige Lösungen statt Symptombekämpfung

Die angespannte Situation auf dem luxemburgischen Wohnungsmarkt bleibt eines der drängendsten sozialen Probleme des Landes. Die CHFEP kritisiert, dass fehlender politischer Mut und Jahrzehntelange Untätigkeit die Krise weiter verschärft hätten. Statt die wahren Ursachen anzugehen, seien bislang nur die Symptome durch diverse staatliche Hilfen abgedeckt worden – ein Ansatz, der Luxemburg kaum aus dieser Wohnungsnot führen werde.

Die CHFEP mahnt bei staatlichen Eingriffen wie der geplanten Reform des Enteignungsrechts für den Bau erschwinglicher Wohnungen zur Vorsicht. Aus Sicht der Berufskammer drohen solche kontraproduktiven Maßnahmen, die Rechte der Bürger deutlich einzuschränken.

Für die CHFEP hat zudem eine effiziente Verwaltung der Kranken- und Mutterschaftsver-

sicherung höchste Priorität. Neue Einnahmequellen sollten sicherstellen, dass die Beiträge nicht erhöht werden, während die Versicherten weiterhin ihre vollen Leistungen erhalten. Im Mittelpunkt steht dabei die Solidarität: Jeder Bürger soll Zugang zu den Gesundheitsleistungen haben – unabhängig von Einkommen oder sozialem Hintergrund.

Kinderarmut und wachsende soziale Ungleichheit sind alarmierende Entwicklungen. Der von der Regierung angekündigte nationale Aktionsplan zur Prävention und Bekämpfung von Armut stößt auf Zustimmung, auch wenn die Einzelheiten dazu bislang noch ausstehen. Entscheidend sei, Menschen in prekären Lebenssituationen nicht nur finanziell zu unterstützen, sondern sie aktiv zu begleiten und in die Entwicklung sozialer Maßnahmen einzubeziehen, heißt es in dem CHFEP-Gutachten.

Kritisch wird die geplante deutliche Erhöhung der Wassergebühren um 26,4 % bewertet. Haushalte mit einem geringen Einkommen seien besonders stark betroffen. Wasser sei eine lebenswichtige Ressource, die für jeden Menschen zugänglich sein müsse. Die Regierung wird daher aufgefordert, die Auswirkungen dieser Gebührenerhöhung zu analysieren und die finanziellen Hilfen für die schutzbefürftigen Personen bei Bedarf anzupassen.

Keine Schnellschüsse

Dank der Ausgleichsreserven gilt das bestehende Rentensystem als stabil. Die CHFEP zeigt sich zurückhaltend gegenüber einer „unüberlegten Reform“, die die Gesellschaft spalte und die Grundlagen des jetzigen Systems (insbesondere die erste Säule) gefährde. Nach Ansicht der Regierung stellt das jüngste Reformpaket lediglich den ersten Schritt einer grundlegenden Neugestaltung der Altersvorsorge dar. Die CHFEP warnt davor, dass schrittweise Änderungen erneut erhebliche Nachteile für die Versicherten bringen könnten.

Mit Spannung wird die seit Jahren angekündigte Steuerreform erwartet (siehe dazu auch Seite 5). Wie bereits zuvor die CGFP gelangt auch die CHFEP zum Schluss, dass in Bezug auf die steuerliche Berücksichtigung von Kindern noch erheblicher Klärungsbedarf besteht. Die Übergangsfrist für jene Haushalte, die derzeit die



Steuervorteile der Klasse 2 nutzen, hält die CHFEP für unzureichend. Zudem erinnert sie daran, dass das Einkommensteuersystem grundlegend reformiert werden müsse, um somit mehr Steuer-gerechtigkeit zu schaffen. In diesem Zusammenhang fordert die CHFEP eine Besteuerung von Finanz- und Kapitalanlagen sowie höhere steuerlich absetzbare Ausgaben für die Haushalte.

Weitere Forderungen sind die zeitnahe vollständige Anpassung der Steuertabelle an die Inflation und die Wiedereinführung eines automatischen Anpassungsmechanismus. Auch eine Diskussion über die Vermögensbesteuerung zusätzlich zur Einkommensbesteuerung dürfe nicht länger ein Tabuthema sein. Positiv hervorgehoben wird die Einführung einer jährlichen Steuergutschrift von 922,50 Euro pro Kind für Eltern, die nicht der Steuerklasse 1a angehören.

CHFEP warnt vor Einsparungen

Die Berufskammer stellt in ihrem neuen Gutachten unmissverständlich klar: Luxemburg braucht – gerade jetzt in Zeiten wachsender Unsicherheit und steigender Armut – einen starken, modernen öffentlichen Dienst, der sich verlässlich am Allgemeinwohl orientiert.

In diesem Sinne werden gezielte Investitionen in die staatlichen Dienststellen und deren Personal unterstützt. Gleichzeitig wird die Politik eindringlich vor Einsparungen an falschen Stellen gewarnt. Als besonders problematisch werden die geplanten Kürzungen bei der Ausbildung von Staatsbediensteten gesehen: Das diesbezügliche Budget wird im Haushaltsjahr 2026 um 1,2 Millionen Euro niedriger sein als im Vorjahr.

Mit Blick auf die Ausbildung der öffentlich Bediensteten pocht die CHFEP darauf, dass sämtliche staatliche Entitäten die Vorschriften für die Examenskommissionen und die Prüfungsbeobachter strikt einhalten. Die sich auf dem Instanzenweg befindenden gesetzlichen Bestimmungen für einheitliche Standards bei den Prüfungsbeobachtern werden als ein Schritt in die richtige Richtung gewertet. Nach dem Inkrafttreten sollten diese Regelungen in allen Verwaltungen, Dienststellen und öffentlichen Einrichtungen verbindlich gelten.

Für einen leistungsfähigen, zeitgemäßen Staatsdienst sei es zudem unerlässlich, dass die öffentlich Bediensteten über solide Kompetenzen und ausreichende Kenntnisse der Verwaltungssprachen verfügen, betont die CHFEP. Sie macht deutlich, dass die Neuerungen beim „examens-concours“ und bei den Sprachprüfungen keinesfalls zu einer Absenkung der Zugangsbedingungen für freie Stellen im staatlichen oder kommunalen Dienst führen dürfen.



Gleichzeitig erinnert die CHFEP die Regierung daran, die Reformen, die den öffentlich Bediensteten zugutekommen, nicht auf die lange Bank zu schieben, damit die entsprechenden Gesetzes-texte so rasch wie möglich in Kraft treten können. Dazu gehören unter anderem ein rechtlich verankerter Rahmen für die Ausübung der Telearbeit sowie moderne Regeln zur Arbeitszeitgestaltung.

Klare Regeln zum Schutz der öffentlich Bediensteten

Was das Wohlbefinden am Arbeitsplatz betrifft, bewertet die CHFEP die Schaffung dezentraler Arbeitsstätten positiv: Arbeitsplätze, die näher am Wohnort liegen, kommen den öffentlich Bediensteten zugute. Kritisch sieht die Berufskammer jedoch, dass es bisher keine verbindlichen rechtlichen Vorgaben für die bestehenden Coworking-Plätze gibt. Ohne klare Regelungen drohen Missbräuche – deshalb werden verbindliche Mindestvorschriften zum Schutz der Beschäftigten gefordert.

Zu den laufenden Reformvorhaben zählt auch ein deutlich stärkerer Schutz der Gewerkschaftsfreiheit. Die CHFEP betont, dass Luxemburg hier dringend gesetzgeberisch nachbessern müsse, um die internationalen Übereinkommen einzuhalten, die das Land bereits ratifiziert hat. Gewerkschaften sowie Personalvertretungen im öffentlichen Dienst sollten befugt sein, Entscheidungen anzufechten, die ihre eigenen Rechte oder die der von ihnen vertretenen Beschäftig-

ten beeinträchtigen. Für einen Rechtsstaat sei es schlicht untragbar, die Gewerkschaftsfreiheit zu verletzen – doch genau das sei in den vergangenen drei Jahren mehrfach geschehen.

Nach Auffassung der CHFEP erfordert ein moderner und effizienter öffentlicher Dienst im Interesse der Bürger die Vereinfachung von Abläufen, unter anderem durch den Einsatz digitaler Technologien. Die Digitalisierung dürfe jedoch nicht zu mehr Bürokratie oder schlechteren Dienstleistungen führen. Die Sicherstellung eines hervorragenden Service für die Bürger gehöre zu den zentralen Verpflichtungen des öffentlichen Dienstes und müsse oberste Priorität haben.

Die CHFEP lehnt zudem Privatisierungen und externe Einflussnahme im öffentlichen Dienst strikt ab. Die Einstellungen sollten überwiegend auf dem öffentlichen Statut beruhen. Die Berufskammer spricht sich klar gegen Einrichtungen aus, die nach privatrechtlichen Kriterien agieren und versuchen, die sinnvollen und gut durchdachten Regeln der staatlichen Personalverwaltung zu umgehen.

Abschließend betont die „Chambre des fonctionnaires et employés publics“, dass sie die künftigen Maßnahmen der Regierung genau im Blick behalten werde. Angesichts der großen Herausforderungen für Land und Bevölkerung brauche es einen starken Staat – geführt von politischen Entscheidungsträgern, die mit klarer Linie und Vorbildfunktion vorangehen.

Max Lemmer

Cours de formation et d'appui scolaires

Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois



INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE:

**mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30,
mercredi: de 14h30 à 16h30, jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30**

**Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu
<https://www.cgfp-services.lu/services/afas>**

AFAS CGFP

Association de Formation et d'Appui scolaires a.s.b.l.



Die Gaukeleien der Chefvolkswirte

Eine dynamische Sozialpolitik stärkt die Strukturen der Ökonomie

Aus einzelnen Kreisen heißt es immer wieder, die Kosten des Sozialstaates würden die internationale Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen zerstören, während ständig neue Forderungen Luxemburg in den Ruin führen. Ein Boss der Bosse sagte sogar, dieses Land sei nicht mehr reformierbar! Diese Art von Propaganda wird leider tagtäglich von Journalisten und Parlamentariern aufgegriffen – und sie wird dadurch allmählich ernst genommen.

Unterschwellig verbreitet sich so die falsche Gewissheit, diese Thesen enthielten zumindest ein wenig Wahrheit. Kurz und gut: Behauptet wird, gegen die bedauerliche Kinderarmut und Wohnungsnot könne man nichts tun, weil das erträgliche Ausmaß der Sozialkosten längst überschritten sei. Dieser Artikel versucht nicht, neue soziale Argumente in diese unsägliche Debatte einzubringen oder altbekannte zu wiederholen. Die Sachlage ist klar: Laut internationalen Standards leben 24% aller Kinder in Luxemburg unter der Armutsgrenze.

Sozialpolitisch und menschlich gibt es viele Gründe, sich über das Ausufern des Niedriglohnsektors, die wachsende Zahl labiler Arbeitsverhältnisse, den unzureichenden Mindestlohn und die ständigen Angriffe auf die Indexierung von Sozialleistungen und Löhnen aufzuregen.

Keine „eisernen Gesetze der Ökonomie“, sondern haltlose Behauptungen

Mit moralischer Entrüstung und ethischen Grundsätzen ist der Patronatspropaganda aber nicht beizukommen. Daher werden wir heute vielmehr ohne Rückgriff auf irgendwelche sozialen Überlegungen mit rein ökonomischen Argumenten beweisen, dass das verlangte Ausbremsen der Sozialpolitik tatsächlich auch den volkswirtschaftlichen Interessen unseres Landes diametral entgegenläuft und dauerhaft strukturellen Schaden anrichtet, sowohl für unsere Produktionsstrukturen als auch für den allgemeinen Wohlstand im Lande.

Die Lobbyisten werden wir nicht überzeugen, doch das breite Publikum, die Politiker und die Meinungsmacher sollten unser Plädoyer

bedenken. Die antisoziale Propaganda argumentiert unwissenschaftlich und will auch keineswegs dem Land und seiner Volkswirtschaft helfen.

Verständlich ist natürlich, dass die Lobbyisten die Gewinne, Dividenden, Tantiemen und Bonuszahlungen ihrer Mitglieder verteidigen. Ihr Hauptargument ist jedoch die angebliche Bedrohung der Wettbewerbsfähigkeit und damit der Existenz vieler Betriebe. Das ist allerdings eine Verzerrung der Realität.

Hier geht es nur um das Überleben der unrentabelsten Betriebe, die ohnehin eine Belastung für unsere Gesellschaft darstellen und dem Land keine Zukunftsperspektiven eröffnen, sondern den Fortschritt hemmen. Denn der Niedriglohnbereich ist keine Stütze der nationalen Produktivität. Regelmäßig steigende Löhne hingegen zwingen die Manager zu unternehmerischen Anstrengungen; nur die wenigen beratungsreichen Unternehmen geraten unter die Räder.

Falsche Argumentation

Selbstverständlich ist kein sozialer Fortschritt möglich ohne erfolgreiche Unternehmen. Und man kann nicht ungestraft Kuchen verteilen, den man nicht vorher produziert oder bezahlt hat. Somit muss unsere Wirtschaft konkurrenzfähig gegenüber dem Ausland bleiben.

Das bedeutet aber nicht, dass diese Voraussetzungen durch Mindestlohn, Indexierung, Sozialbeiträge und Steuern behindert werden. Tatsächlich sind die meisten exportorientierten Firmen gerade deswegen sehr kompetitiv, weil sie hochqualifiziertes Personal beschäftigen, das weit über dem Mindestlohn bezahlt wird.

Die meisten schlecht zahlenden Firmen wie Gaststätten, Friseursalons oder die Müllabfuhr stehen nicht unter internationalem Druck, da für ihre inländischen Wettbewerber die gleichen Regeln gelten. Lohnerhöhungen verursachen hier keine Marktverzerrungen, sondern erzeugen nur parallele Preisanpassungen.

Die schwachen Exportfirmen, deren Rettung die Patronatssprecher fordern, sind dagegen schlecht geführt, haben seit langem nicht mehr investiert oder innoviert und haben nicht erkannt, dass ihre Tätigkeit ohne Umstellungen keine Zukunft hat. Sie haben es versäumt, sich

der Entwicklung der Märkte und der modernen Gesellschaft anzupassen.

Dass die Unternehmensvertreter die Belange ihrer Auftraggeber energisch verteidigen, kann man ihnen nicht verübeln. Unerhlich und schändlich ist es allerdings, mit pseudowissenschaftlichen Argumenten die Interessen des Landes falsch darzustellen.

Eine energische Sozialpolitik ruiniert die Unternehmen nicht, sondern zwingt sie zum Innovieren. Somit ist sie die wirksamste Strategie für ein strukturelles Erstarken der gesamten Volkswirtschaft.

In den Verbänden haben reiche Erben, die nur noch Gewinne für die Leistungen ihrer Großeltern einstreichen, weiterhin Einfluss. Statt ihre Versäumnisse zu vertuschen, sollten die Patronatssprecher in ihren akademischen Schulbüchern nachlesen, was der Ökonom Joseph Schumpeter zur „schöpferischen Zerstörung“ als Voraussetzung für Fortschritt und Entwicklung festhielt.

Rückläufige Sektoren müssen schrumpfen, um Produktionsfaktoren (Arbeitskräfte, Gewerbegebäuden, Finanzmittel) für aufstrebende Unternehmen freizugeben. Wissenschaftlich anerkannt ist nämlich die Tatsache, dass Wachstum und technische Entwicklung sabotiert werden, wenn die fehlende Wettbewerbsfähigkeit unproduktiver Betriebe zum Maß aller Dinge wird, dem man den sozialen Fortschritt opfert und das ganze politische Handeln unterordnet.

Luxemburg hätte das höchste Bruttosozialprodukt pro Einwohner und pro Beschäftigten nicht erreicht, wenn es nur auf die Herstellung von Tellern und Tassen, Schuhen und Textilien sowie auf Gerbereien, Schiefergruben und Erzminen gesetzt hätte.

Was die amtlichen Statistiken sagen

Die Behauptung, unsere Wirtschaft sei generell nicht wettbewerbsfähig, ist einfach grotesk. Seit 50 Jahren übersteigt unser Export von Waren und Dienstleistungen alljährlich den Import. In den letzten zehn Jahren lag dieses Positivsaldo stets zwischen 3,0 und 5,6 Milliarden Euro, und damit zwischen 4,2% und 8,5% des BIP.

International ist der Standort Luxemburg ein Paradies für Unternehmen, was durch die Schaffung von 300.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in den letzten 30 Jahren bewiesen ist. Dies sind durchschnittlich 10.000 weitere Jobs pro Jahr über alle Krisenzeiten hinweg.

Die politische Priorität darf nicht, wie vom Patronat gefordert, darin bestehen, Betriebe, die schon seit langem straucheln, mit einem Verzicht auf eine angemessene Sozialpolitik künstlich am Leben zu erhalten. Volkswirtschaftlich ist dies eine indirekte Subventionierung unrentabler Firmen zulasten des ganzen Landes und eine Behinderung der erforderlichen Strukturverbesserung des Privatsektors.

Unsere Sozialpolitik

verletzt zwingende EU-Normen

Seit dem 15. November 2024 gilt bezüglich der gesetzlichen Mindestlöhne eine europäische Richtlinie, die national einen Mindestbetrag zwingend vorschreibt, der vom allgemeinen Lohnniveau abgeleitet wird. Damit das Einkommensgefälle nicht zu stark und zu ungerecht wird, muss der Mindestlohn für alle Vollzeitbeschäftigte 50 % des nationalen „salaire moyen“ und 60 % des „salaire médian“ betragen. Der Luxemburger Mindestlohn erreicht diese vorgeschriebene Höhe nicht – unser Land befindet sich damit eindeutig in der Illegalität.

Handelt die Regierung nicht schnell, drohen Klagen und Verurteilungen vor den europäischen Gerichtsinstanzen. Das wohlhabende Luxemburg, das mit sozialer Attraktivität, Lebensqualität, AAA benoteten Staatsfinanzen und der weltweit höchsten Produktivität wirbt, steht international am Pranger. Eine Schande!

Dass unsere Regierung da sogar noch versucht, mit statistischen Tricks über die Runden zu kommen, wie etwa dem Ausschluss des öffentlichen Sektors aus der Berechnungsbasis der Einkommen im Lande, ist mehr als jämmerlich und zudem ohne jede Aussicht auf Bestand vor Gericht.

Ausbeutung der „Working Poor“

Aufgrund unserer Lebenskosten auf Weltrekordniveau reicht eine Vollzeitbeschäftigung für viele Menschen nicht mehr aus, um ihnen und ihrer Familie ein dezentes Leben zu ermöglichen. Zugleich expandiert der Anteil der prekären Arbeitsverhältnisse. Diejenigen, die sich professionell oder ehrenamtlich mit Armut befassen, berichten uns, dass derzeit nicht nur die Kundschaft der Cent-Läden, sondern auch die Zahl der Obdachlosen und die Warteschlange vor der Suppentafel wächst.

Über 11 % der Bevölkerung des Landes verfügt über ein Einkommen, das unter dem amtlich berechneten Existenzminimum liegt, das 2023 auf monatlich 2.343 Euro für einen Erwachsenen und auf 4.218 Euro für ein Paar mit einem Kind geschätzt wurde. 2023 lagen die Arbeitseinkommen von 36 % aller Singles unter dem Niveau von 2.300 Euro.

Direkt nach den letzten Parlamentswahlen, noch vor dem Beginn der Koalitionsverhandlungen, wurde die Armut – und zwar die echte akute Armut – zur Priorität aller Prioritäten erklärt. Doch



dann rückte stattdessen schnell ein Wunschmoda-thema des Patronats in den Vordergrund, die Debatte über jene imaginäre Rentenmauer, die uns vielleicht 2059 oder irgendwann sonst den Weltuntergang bescheren könnte. Beschämend! Berechnungen zufolge gibt es in Luxemburg 125.000 arme Menschen, die 18 % der Bevölkerung darstellen. In diesem Zusammenhang sind dann ministerielle Hinweise auf die Kostenfreiheit der öffentlichen Verkehrsmittel und anderer Dienstleistungen einfach fehl am Platz. Eine Familie, die mit ihren Kindern auf die Straße gesetzt wird, kann im Tram weder wohnen noch übernachten.

Entscheidend in dieser Debatte ist natürlich das extrem teure Wohnen in Luxemburg – ein politisches Desaster, das seit 30 Jahren vergebens zur „Chefsache“ jeder Regierung erklärt wird. Dabei ist klar, was seit Dekaden geschehen müsste: Der Staat müsste alljährlich nicht nur einige, sondern Tausende zusätzliche Mietwohnungen errichten. In den Nachbarländern hält die öffentliche Hand Hunderttausende oder sogar Millionen solcher Wohnungen bereit.

Kampf den Niedrigeinkommen

International gesehen kennt Luxemburg mit seinem illegal niedrigen Minimum einen Rekordanteil an Mindestlohnempfängern: insgesamt 70.000 Erwerbstätige nebst weiteren Zigtausenden, die nur minimal mehr erhalten.

Und wir geraten weiter ins Hintertreffen. Anfang 2015 machte der deutsche Mindestlohn 76,5 % des unsrigen aus, Anfang 2025 aber bereits 84,1 %. Für 2026 und 2027 werden in Deutschland zwei Anpassungen um insgesamt +13,9 % beschlossen. Das neue deutsche Niveau von 14,60 Euro pro Stunde liegt dann nominal nur noch knapp unter dem unsrigen, bei allerdings viel niedrigeren Lebenshaltungskosten.

Unser Mindestlohn war einst der höchste in der Welt. Heute liegen wir mit 15,63 Euro pro Stunde weit unter dem Niveau in der Schweiz, wo in Genf ein Mindestlohn von 24,48 Franken (umgerechnet 26,5 €) gilt und andere Kantone Minima von 20 bis 22 Franken (rund 21,4 bis 24,5 Euro) kennen.

Nur die Kaufkraft zählt

Einstweilen ist unser Mindestlohn national noch der höchste in der EU, wobei allerdings in Belgien neben dem generellen Mindestlohn von 12,8252 Euro in der Baubranche legal ein solcher von 17,27 Euro gilt, also 10 % höher als bei uns.

Doch wegen des unterschiedlichen Preisniveaus und unserer hohen Wohnkosten ist der Vergleich von Nominalbeträgen eher irrelevant. Eurostat hat errechnet, dass der monatliche Mindestlohn in den Niederlanden, in Deutschland und in Belgien nominal zwar

nur 82,9 %, 79,9 % und 78,1 % des luxemburgischen Niveaus erreicht. Auf die Kaufkraft umgerechnet (gemäß einem „Purchasing Power Standard“) macht das Niveau in Deutschland derzeit allerdings 97,7 %, in den Niederlanden 95,2 % und in Belgien 89,0 % des unsrigen aus. Dabei stehen in Deutschland – wie zuvor erwähnt – Erhöhungen um 13,9 % bevor.

Abschließend noch eine letzte Überlegung! Wer sich statt eines maximalen ein besseres oder optimales Wachstum für Luxemburg wünscht, sollte einsehen, dass der wirksamste, um nicht zu sagen der einzige Weg für mehr Mäßigung darin liegt, den Standort weniger attraktiv für uninteressante Unternehmen zu gestalten, die unrentabel funktionieren.

(Anmerkung der Redaktion: Die Regierung hat unmittelbar vor Redaktionsschluss dieser „compact“-Ausgabe eine Reihe von begrüßenswerten Sozialmaßnahmen für Familien und Menschen mit niedrigem Einkommen angekündigt, welche einen Teil der in diesem Artikel angesprochenen Missstände lindern werden.)

Paul Zimmer

Dem Leser wird nicht entgangen sein, wie in diesem Artikel makroökonomisch knallhart und ganz unsozial angeführt wird, was in der kalten Logik der arbeitebefreundlichen Chefvolkswirte eigentlich wirklich geschehen müsste. Doch leider kommen bei der von der Wirtschaftslehre geforderten „schöpferischen Zerstörung“ nicht nur Firmen und Aktionäre zu Schaden, sondern vor allem auch Arbeitnehmer und ihre Familien. Wenn das Land seine Zukunft strukturell absichern und verbessern will, muss es gleichzeitig robuste soziale Maßnahmen, also ordentliche Arbeitslosenentschädigungen, energische Jobvermittlungsstrukturen und solide Umschulungsanstrengungen sicherstellen.

In diesem Zusammenhang darf man nicht übersehen, dass bei einer solchen Umstrukturierung in erster Linie viele Arbeitsplätze bedroht sind und verschwinden werden – Jobs, die unterbezahlt, prekär und befristet sind, unflexible Arbeitszeiten haben, bei denen der Lohn verspätet ausgezahlt wird und Überstunden verlangt, aber nicht bezahlt werden. Also ohnehin Arbeitsstellen, deren Beschäftigte sich längst etwas Menschenwürdigeres wünschen.

WERDEN SIE NOCH HEUTE
MITGLIED!



CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE

Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP



**Gut wohnen heißt:
gut beraten sein**

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

**Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.**

**Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu**



Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.